

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Kampf um die Ratsmandate.

Belgischer Antrag auf Wiederwählbarkeit.

V. Sch. Genf, 7. September. (Eigenbericht.)

Die Neubefugung der drei freiwählenden Ratsitze, voraussichtlich am Montag, steht neben der holländischen und polnischen Initiative im Vordergrund des Interesses. Es sind fünf Kandidaturen für die drei Sitze zu erwarten. Belgien hat seinen Antrag auf Wiederwählbarkeitserklärung offiziell eingereicht. Chamberlain hat in der britischen Pressekonferenz die Kandidatur Kanadas angekündigt und dafür die Unterstützung Englands und der übrigen Dominionen angekündigt. Finnlands Bewerbung gilt als sicher, ebenso diejenige Griechenlands. Schließlich bewirbt sich Kuba um den freiwählenden Sitz San Salvador. Da im vorigen Jahre ein klares Versprechen der Völkerbundsversammlung abgegeben wurde, daß

Lateinamerika stets drei Vertreter im Rat

haben werde, gilt die Wahl Kubas als gesichert.

Die von Italien ausgehende Intrige gegen die Wiederwahl Belgiens wird weiter gesponnen. Die italienische Propaganda für grundsätzliche Einhaltung des Turnussystems richtet sich natürlich nur gegen den Sozialisten Banderolde. Sie ist insofern gefährlich, als dies eines der Lieblingsargumente der kleinen, insbesondere der nordischen und baltischen Staaten ist. Da indessen die Abordnungen der meisten dieser Staaten sozialistische Vertreter zählen, darf man hoffen, daß sie auf dieses Argument Russlands nicht hereinfallen werden.

Belgien kann auf die unbedingte und ihm bereits versprochene Unterstützung Frankreichs und Deutschlands rechnen, sowie auf die aller Südamerikaner.

So daß es die für die Wiederwählbarkeitserklärung notwendige Zweidrittelmehrheit in der Vorabstimmung erhalten dürfte. Auch Chamberlain hat Banderolde privatim beauftragt, die Kandidatur Belgiens anzumelden. Indessen ist das Spiel Englands auch in diesem Punkte nicht ganz durchsichtig. England ist durch die Kandidatur Kanadas in Verlegenheit geraten. Noch im Vorjahre hatte es sich gegen die Kandidatur einer Dominion ausgesprochen und durch seinen entschiedenen Widerstand Irland zu Fall gebracht. Auch im Völkerbund selbst besteht seit jeher Abneigung gegen die Wahl einer Dominion in den Rat, weil man nicht will, daß das britische Reich durch zwei Sitze im Rat vertreten sei. Es könnte nämlich dadurch eine Situation entstehen, in der England in einen Konflikt mit einem Staat verwickelt wird, aber durch die bestellte Obstruktion einer seiner Kolonien im Rat den Völkerbund schachtmatt setzt.

Wenn England sich heute entschließt, dennoch Kanadas Kandidatur zu unterstützen, so geschieht es offenbar, um sich die Unterstützung Kanadas in der Abrüstungsfrage und in anderen wichtigen inneren Problemen des britischen Reiches zu sichern. Gerade

in Kanada machen sich Unabhängigkeitsbestrebungen immer stärker bemerkbar.

wie die jüngste Ernennung eines kanadischen Botschafters in Washington beweist, und England befürchtet, daß es durch einen Widerstand gegen die kanadische Bewerbung diese Loslösungsbestrebungen bis zum völligen Bruch steigern könnte. Wenn man sich in der englischen Delegation nach den Gründen ihres Frontwechsels erkundigt, so bekommt man die etwas verbüffende Antwort, daß England sich niemals grundsätzlich gegen die Wahl einer Dominion ausgesprochen hätte und daß es im vorigen Jahre die Kandidatur Irlands lediglich bekämpft habe, weil es sich schon anderweitig verpflichtet gehabt hätte, zumal die Iren sich erst in letzter Stunde beworben hätten und weil Irland die jüngste Dominion des britischen Reiches sei und den Vortritt den älteren Dominionen hätte lassen sollen.

Das Argument, daß eine Dominion als Ratsmitglied bei einem Konflikt Englands mit einem anderen Staat Richter und Partei sein würde und den Rat dadurch lahmlegen könnte, wird von der britischen Delegation mit der etwas zynischen Erwiderung beantwortet, daß das Verhältnis zwischen England und Kanada kaum ein anderes sei als das Verhältnis zwischen Frankreich und Polen. Zu wessen Nachteil sich die Kandidatur Kanadas auswirken wird, läßt sich noch nicht klar erkennen. Vielleicht zum Nachteil Kanadas selber, dessen Anhang außerhalb des britischen Reiches nicht allzu groß sein dürfte, vielleicht zum Nachteil Belgiens, denn

Chamberlain hat zwar Banderolde ersucht, wieder zu kandidieren, aber offensichtlich verhält sich die englische Delegation zu dieser Frage auffallend zurückhaltend,

besonders, seitdem der kanadische Anspruch offiziell geworden ist.

Finnland erhält die Unterstützung aller kleinen Staaten, sowie Deutschlands, auch Griechenland und besonders sein vorausichtlicher Vertreter, Politis, genießt ebenfalls starke Sympathien. Von den fünf Bewerbern, deren Zahl sich eventuell noch erhöhen wird, müssen zwei auf der Strecke bleiben und der Kampf, der hinter den Kulissen schon begonnen hat, wird bis zur letzten Minute heiß und sein Ausgang ungewiß sein.

Kritik an der Abrüstungspolitik.

V. Sch. Genf, 7. September. (Eigenbericht.)

In der heutigen Vormittagsitzung kamen fast ausschließlich Vertreter des baltischen und des skandinavischen Staates zu Worte. Der Vertreter Finnlands, Hering, begrüßte die gestrige Initiative des holländischen Außenministers, ebenso der Vertreter Estlands,

Ipel. Von ganz besonderer Schärfe war sodann die Rede des Außenministers Letlands, Zeelens, der leider so leise und temperamentlos sprach, daß die Wirkung seiner inhaltlich vortrefflichen Ausführungen stark beeinträchtigt waren. Zeelens Rede war eine überaus scharfe Abrechnung mit dem Versagen des Völkerbundes und mit der militaristischen Aufrüstungspolitik der Großmächte. Seit dem Genfer Sicherheitsprotokoll vom Jahre 1924 sei man immer mehr zu den verhängnisvollen Methoden der Vorkriegszeit zurückgekehrt. Der Rüstungswettlauf habe von neuem eingesetzt.

Die Verträge von Locarno bildeten zwar eine Sicherheitsgarantie für die Beteiligten, aber an die Sicherheit der übrigen Länder, namentlich der kleinen Randstaaten, habe man dabei nicht gedacht. Für diese sei die einzige Frucht von Locarno eine abschwächende Interpretation des Artikels 16. Letland als Nachbarstaat des großen Russlands habe daraus die Konsequenzen ziehen müssen und einen Richtangriffspalt mit Sowjetrußland abgeschlossen.

Die Rede von Zeelens schloß mit einem kategorischen Bekenntnis zum Genfer Sicherheitsprotokoll vom Jahre 1924 und mit der pathetischen Mahnung, an die Millionen Toten des Weltkrieges zu denken.

Auch der schwedische Außenminister Löfgren, der die Rednerreihe beschloß, bemängelte, daß der Bericht des Sekretariats die ernsthaften Konflikte mit Schweigen übergehe, die im vergangenen Jahre zwischen einzelnen Staaten entstanden seien. Das sei das Eingeständnis, daß der Rat es nicht für zweckmäßig gehalten habe, einzugreifen. Zwar habe kein Staat ein solches Eingreifen ausdrücklich gefordert, aber diese scheinbare Passivität des Rates habe naturgemäß in der Welt

ein Gefühl der Enttäuschung

hervorgehoben. Noch auffällender als dieser deutliche Hinweis auf das Verhalten des Völkerbundes in der albanischen Frage war die Stelle der Rede des schwedischen Außenministers, in der er zum Ausdruck brachte, daß die großen Hoffnungen, die man an den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund geknüpft habe, sich bisher nicht erfüllt hätten.

Das war im Munde des Vertreters einer der Staaten, die zu den treuesten Freunden Deutschlands seit jeher gehören, eine ernste Mahnung an die Reichsregierung, sich ihrer Pflichten gegenüber den kleinen Staaten bewußt zu werden und nicht länger wie in den letzten Monaten im Schlepptau Englands Großmächtepolitik zu spielen.

Der polnische Antrag Dr. Stresemann überreicht.

Genf, 7. September. (II.)

Der polnische Delegierte Sosal hat heute mittag Dr. Stresemann offiziell den polnischen Resolutionsantrag überreicht. Die maßgebenden Mitglieder der polnischen Delegation sind noch zu einer Besprechung zusammengetreten.

Heute mittag um 1 Uhr suchte der französische Außenminister Briand Dr. Stresemann zu einer kürzeren Unterredung auf. Eine offizielle Stellungnahme der deutschen Delegation zu den polnischen Vorschlägen liegt noch nicht vor. Der polnische Resolutionsentwurf wird heute abend dem Präsidenten der Vollerversammlung des Völkerbundes überreicht werden. Der Zeitpunkt für den Beginn der Debatte über den polnischen Antrag ist noch nicht festgesetzt worden.

Die Tagungskrise ist da.

Der Eindruck in Paris.

Paris, 7. September. (Eigenbericht.)

Die Blätter finden ziemlich allgemein, der überraschende holländische Vorschlag einer indirekten Rückkehr zum Genfer Protokoll Hand in Hand mit den polnischen Vorschlägen eines allgemeinen Sicherheitspactes scheinbar den Beweis dafür zu liefern, daß die Krise, die man von der gegenwärtigen Tagung des Völkerbundes bereits nach dem Rücktritt de Douvenels und Lord Robert Cecil befürchtete, nunmehr auszubrechen droht.

Sauerwein spricht im „Ratin“ außerordentlich steptisch über die zukünftige Entwicklung der Debatte nach der gestrigen Rede des holländischen Außenministers.

Eine große Anzahl kleiner Staaten haben, um die Wahrheit zu sagen, genug.

Ein in Paris akkreditierter Gesandter hat Sauerwein erklärt: „Es ist unmöglich, daß wir weiterhin nach Genf kommen, um uns jeden Tag zu fragen, was England tun wird!“ In diesen Worten sei die ganze Krise des Völkerbundes enthalten.

Die Blätter kommen übereinstimmend zu dem Schluß, daß durch den holländischen und polnischen Vorschlag die Locarno-Politik einen schweren Schlag erhalten würde, falls es nicht gelingen sollte, die beiden Initiativen mit den Wünschen und Zielen der Locarnomächte in Einklang zu bringen.

Neuer Ozeanflieger.

„Royal Windsor“ unterwegs nach Europa.

New York, 7. September. (II.)

Das Flugzeug „Royal Windsor“ ist in Old Orchard zu seinem Ozeanflug nach London gestartet.

Um das Genfer Protokoll.

Politik oder Rasperletheater?

Die erste Folge des holländischen Vorstoßes in Genf ist eine Verwirrung, die zu geradezu poffenhafte Situationen führt. Zunächst sieht man gegenüber dem Versuch, auf das Genfer Protokoll von 1924 zurückzukehren, eine englisch-russische Einheitsfront. Moskau und London sind auf einmal in ihrer Abneigung gegen zivilen Friedenspolitik vollständig einig. Denn Moskau sieht in der Verwirklichung eines allgemeinen Nichtangriffspactes nicht mehr und nicht weniger als die Vollendung der Einkreisung und die Vorbereitung der Intervention. Die konservative englische Regierung will aber von dem ihr untergeordneten Einkreisungsplan nicht das geringste wissen; auch sie steht einem Wiederaufleben des Genfer Protokolls durchaus ablehnend gegenüber.

Auf der anderen Seite entsteht das nicht minder komische Bild einer holländisch-polnischen Front. Unsere Deutschnationalen haben mit Entsetzen vernommen, daß Polen in Genf etwas zu tun beabsichtigt, und wenn Polen etwas zu tun beabsichtigt, muß das natürlich eine fürchterliche Gemeinheit gegen Deutschland sein. Nun kommt plötzlich der Holländer dem Polen mit seiner Aktion zuvor — also stecken diese beiden Kerle unter einer Decke und diese Decke ist natürlich eine französische. Was sind die Sozial und Blockade? Natürlich nichts anderes als Puppen, die der berühmte Poincaré tanzen läßt, und was der will, weiß man sowieso. Schlussfolgerung: Das Vaterland ist in Gefahr, der treue deutsche Michel soll wieder einmal eingewickelt werden, und es ist nur ein Glück, daß es Deutschland gibt, die alle Intrigen des Feindbundes sofort durchschauen und der deutschen Delegation in Genf nicht nur die Augen öffnen, sondern auch „den Rücken stärken“.

Es hieße Herrn Stresemann beleidigen, wenn man annehmen wollte, er könnte sich durch derartige Hanswurstereien in seiner Politik beeinflussen lassen.

Der Värm, der um den holländischen Antrag und um die polnischen Vorschläge vollführt wird, ist schon deshalb sinnlos, weil unter den obwaltenden Verhältnissen die Aussichten für ein praktisches Ergebnis ohnehin beinahe gleich Null sind. Das Genfer Protokoll von 1924, das der Initiative des damaligen englischen Premierministers MacDonald und der Mithilfe des französischen Ministerpräsidenten Herriot seine Entstehung verdankt, ist in einer Zeit vorgeschlagen worden, in der eine wirkliche Hochstimmung des Friedenswillens bestand, in der sowohl in England wie auch in Frankreich der Wille vorherrschte, etwas Entscheidendes zur Befriedung Europas und zur allgemeinen Abrüstung zustande zu bringen. Der Widerstand der englischen Dominionen, der Regierungswechsel in England, das Erstarken reaktionär-militaristischer Strömungen in ganz Europa hat jenen großen Fortschritt vereitelt.

Am 2. Oktober 1924 hatte die Völkerbundsversammlung — der Deutschland damals noch nicht angehörte — einstimmig beschlossen, daß das „Protokoll für die friedliche Regelung internationaler Konflikte“, das später sogenannte „Genfer Protokoll“, allen Mitgliedern des Völkerbundes zur Unterzeichnung vorzulegen sei. Und den schon angegebenen Gründen ist es aber zu einer allgemeinen Unterzeichnung nicht gekommen, das Protokoll ist nie in Kraft getreten.

Sein Zweck war, durch genaue Einzelbestimmungen jenen Teil des Völkerbundsstatuts, der von der Verhinderung künftiger Kriege handelt, näher auszuführen und zu vervollständigen. In einer Eingangsklausel wurde die „Solidarität aller Glieder der internationalen Gemeinschaft“ proklamiert und jeder Angriffskrieg für ein „internationales Verbrechen“ erklärt. Durch die sichere Unterdrückung solcher internationalen Verbrechen sollte ein Zustand geschaffen werden, der „die Herabsetzung der nationalen Rüstungen auf ein Minimum“ möglich machen sollte.

In 21 Artikeln wurde sodann das Verfahren geregelt, das zwecks Verhinderung künftiger Kriege einzuschlagen sei. Es wurde ein lückenloses System geschaffen, nach dem alle Streitigkeiten entweder vor den Völkerbund oder vor ein Schiedsgericht gebracht werden sollten. Ferner wurde genau definiert, unter welchen Umständen ein Staat als Angreifer zu gelten habe. Alle Unterzeichner des Protokolls sollten sich verpflichten, gegen diesen Angreifer gemeinsam vorzugehen und den Angegriffenen gemeinsam zu schützen. Auch sollten sie sich im voraus verpflichten, eine bestimmte Zahl von Kräften für solche Schutzfälle zur Verfügung zu stellen, wodurch der Anfang einer Völkerbundsarmee geschaffen worden wäre.

Aus alledem ist aber, wie gesagt, vorerst nichts geworden. Nach dem Scheitern des Genfer Protokolls erfolgte der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und der Vertragsabschluss von Locarno. Die englische konservative Regierung hat die Locarnopolitik begünstigt, weil sie in ihr einen passenden Ersatz für das gescheiterte Genfer Protokoll sah. Sie wollte sich dadurch gegen den Vorwurf sichern, daß sie sich gegenüber den großzügigen Plänen MacDonalds nur zerstörend verhalten habe, ohne selber etwas Positives zu schaffen. So ist es nur konsequent, wenn Herr Chamberlain jetzt erklärt, Völkerbund und Locarno genügen zur Sicherung des Friedens vollaus, und alles weitere sei überflüssig, ja von Uebel.

Die kleineren Staaten Europas waren die begeistertsten Anhänger des Genfer Protokolls, sie haben sein Scheitern am wenigsten verschmerzen können. Daraus erklärt sich das

Wiederaufleben seiner Ideen auf der gegenwärtigen Genfer Tagung. Vielleicht mag — das ist nur menschlich — der Ehrgeiz einiger Regierungen, vor der Welt und dem eigenen Volk als besonders rühmliche Vorkämpfer des Weltfriedens zu erscheinen, zur Belebung der Initiative mit beigetragen haben. Daß sich Polen, das zwischen Deutschland und Rußland eingeklemmt ist, besonders für derartige Projekte interessiert, ist auch ohne weiteres verständlich. Lächerlich ist es, dahinter Intrigen gegen Deutschland zu wittern, und unverständlich wäre es, wenn sich gerade Deutschland dazu hergeben würde, auf das Grab des Genfer Protokolls, das von Herrn Chamberlain so gut bewacht wird, noch einen extra schweren Stein zu wälzen.

Herr Stresemann hat jetzt in Genf eine schwierige, aber eine dankbarere Aufgabe. Erleichtert wird sie ihm durch die Presse der deutschnationalen Regierungspartei, denn dort findet er alle Dummheiten empfehlend verzeichnet, vor denen er sich unbedingt hüten muß.

Politik und Wahnsinn.

Wie man Niedermöllrich ausschachten kann.

Es gibt bekanntlich kein Ding auf der Welt, aus dem nicht der Fromme beweist, daß er recht hat. So ist es possierlich, zu beobachten, wie zwei entgegengesetzte extreme Richtungen die Tat des wahnwitzigen Heinrich Claus in Niedermöllrich für ihre politischen Zwecke ausschachten.

Weil zur Betämpfung des Wüterichs schließlich ein Panzerauto der Kaffeler Schupo eingesetzt und Rauchs Bomben verwendet werden mußten, konstatiert die „Rote Fahne“ eine „arbeiterfeindliche Aufrüstung der Polizeitechnik“. Uns wundert das nicht. Denn der in sinnloser Wut rasend um sich schlagende Heinrich Claus verkörpert sozusagen symbolisch die von der „Roten Fahne“ vertretene kommunistische Politik.

Umgekehrt die rechtsradikale „Deutsche Zeitung“. Ihr dient der Fall Claus, um gegen den Pazifismus und die Parole „Nie wieder Krieg“ zu hetzen. Denn Pazifisten sind nach der primitiven Anschauung des alldeutschen Blattes Feiglinge „mit schlotternder Angst im Herzen“, die natürlich niemals gewagt hätten, wie die Kaffeler Schuppobeamten bei der Betämpfung eines gemeingefährlichen Menschen ihr Leben aufs Spiel zu setzen. Wir können der „Deutschen Zeitung“ versichern, daß die Zahl der persönlichen Feiglinge unter den Kriegsschreibern und Maulausstreifern viel größer sein dürfte, als unter den Pazifisten, von denen viele für ihre Ueberzeugung Tod und Zuchthaus auf sich genommen haben, während bekanntlich die wildesten Kriegshege in den alldeutschen Redaktionen während des ganzen Krieges mutig an der Front geblieben sind. Im übrigen: Woher weiß die „Deutsche Zeitung“, daß unter den Kaffeler Schuppobeamten keine Pazifisten waren? Ans ist wohl bekannt, daß sich unter den Mannschaften auch der Kaffeler Schuppobeamten eine große Anzahl entschiedener Sozialisten und Republikaner befinden, die durch ihre pazifistische Gesinnung ebensowenig wie ein sozialistischer Feuerwehrmann oder ein sozialdemokratischer Grubenarbeiter in einer Rettungskolonie gehindert werden, für den Schutz der Gesamtheit ihr Leben einzusetzen.

Lärm um den Wohnungsbau.

Eine demagogische Frage.

Die „Tägliche Rundschau“ glaubt, den Wohnungsbau dadurch fördern zu können, daß sie gegen den Magistrat eine ebenso sachlich ungerechtfertigte wie persönlich gehässige Polemik entfesselt. Sie behauptet, daß der Magistrat ein Angebot zum Bau von über 7000 Wohnungen, das der Berliner Spar- und Bauverein vor einiger Monaten eingereicht hat, bewußt tötlich und vernachlässigt. Ferner wirft man dem Magistrat vor, daß er der Arbeiterbank besondere Günstigkeit entgegenbringe und aus diesem Grunde das Angebot des Spar- und Bauvereins unbeachtet ließe und sich lediglich auf das bekannte Projekt des Baues von 8000 Wohnungen beschränke.

Bayerischer Wald.

Wer Einsamkeit sucht, hier ist sie. Rein Alpenverein braucht zu beschließen, die Natur in ihrer Unberührtheit zu bewahren. Der Bayerische Wald schützt sich selber. Wo du oft genug mit Felgenkaffee und trockenem Brot zum Frühstück vorlieb nehmen mußt, wo keine Zahnradbahnen, sondern nur elende Geröllwege ohne erleichternde Serpentinien auf die Höhen führen, da wird der Fremdenverkehr der Zahlungsfähigen, Verwandten und Klaffierten wohl noch Jahrzehnte ausbleiben.

Doch wer es liebt, stundenlang durch Wald zu wandern, ohne einem Menschen zu begegnen — höchstens wenigen Beerenweiblein, die gleich Steinzeitmenschen in der Schonung hocken, oder einem Holzschläger, dessen Artschläge metallisch den Abhang hinabschallen —, für den ist hier das Paradies.

Hier ist seit Generationen alles unangetastet. Wäre nicht mit der Ausnutzung der Wasserkraft die Elektrizität in die Täler eingedrungen, da fändest keinen Unterschied gegen den Zustand, der hier vor hundert Jahren herrschte. Hoch in den Bergen schlägt die Art das Holz, schwerfällige Lastfuhrwerke bringen es auf Wegen, die Granatstrichern gleichen, den Hang hinab, der Bach schwenmt es weiter und treibt am Unterlauf die Sägemühle, die es zu Brettern zerspaltet. Alles lebt hier vom Holz. Hier ist noch keine Stahl- und Eisenzeit, hier herrscht das Holzzeitalter.

Die Menschen sind wortkarg, unsauber und sehr fromm. Neben ihren uralten Hütten stehen in Reih und Glied zehn, zwölf manns lange, giebelförmig überdachte Bretter mit verwaichenen Inskriften, die an einen jamaikanischen Götzenbau erinnern. Es sind „Totenbretter“. Jeder Verstorbene erhält ein solches Brett als Denkmal errichtet, und noch nach vier Jahrzehnten lebt der Wanderer, wenn die ehrengedachte Krämerwitwe Eufelia Pleiderer nach Empfang der heiligen Sterbekramente gestorben. Er sah für Zeichensteine. Hier herrscht das Holzzeitalter.

Die Menschen sind hier sehr fromm. Im Walddorf, am Fuße des Lufen, wo ich in tausend Meter Höhe übernachtete, wird ein neues Holzhaus gebaut. Das Hämmern einer Schottermaschine erfüllt das sonst so stille Tal. Als um sieben Uhr die Sonne versinkt, hämmert es noch immer. Um neun Uhr, fast in völliger Dunkelheit, hämmert es noch immer. Um fünf Uhr früh hämmert es mich aus dem Schlaf.

Abends sitze ich mit den Bauarbeitern, fast lauter Ortsfremden, um den einzigen Tisch des einzigen Gasthofs. Von fern klingt das Hämmern der Schottermaschine. Das veranlaßt mich zu fragen: Wie lang denn hier die Arbeitszeit sei? — O, die Maschine geht, so lange man Licht habe. Zum Schottern genüge die Dämmerung. Deshalb von fünf bis neun. Aber die Arbeit sei ja auch

Nach unseren Erkundigungen liegt die Sache so, daß die Arbeiterbank lediglich insoweit an der Finanzierung des beschlossenen Baues der 8000 Wohnungen beteiligt ist, als die ihr nahestehenden sozialen Baubetriebe daran mitwirken. Die Beschaffung der Auslandskredite geschieht durch eine private Baufirma. Der Berliner Magistrat hat bekanntlich zunächst einmal die durch allgemeine Submission ausgeschrieben 8000 Wohnungen auf sein Programm gesetzt und alle übrigen Angebote vorläufig vertagt, um übersehen zu können, wie die Durchführung dieses Programms und insbesondere seine Finanzierung sich gestaltet. Neue Genehmigungen kamen vorläufig nicht in Betracht. So mußte eine ganze Reihe von Angeboten zunächst zurückgestellt werden, darunter auch das des Berliner Spar- und Bauvereins. Abgelehnt sind diese Anträge damit nicht. Was die Beziehungen der Arbeiterbank zum Magistrat angeht, so kann von einem Monopol oder einer ähnlichen Begünstigung überhaupt nicht die Rede sein. Das Bankunternehmen der Gewerkschaften ist im übrigen ja auch von anderen Kreisen um die Finanzierung von Wohnungsbauten ersucht worden; darunter befinden sich auch solche, die dem Berliner Spar- und Bauverein durchaus nicht fernstehen. Der ganze Zweck des Wanders der „Täglichen Rundschau“ kann also nur der sein, im Dienste irgendwelcher Sonderinteressen sehr noch Forderungen zu erheben, die die Bauwirtschaft empfindlich zu stören geeignet sind. Am wenigsten dürfte sie damit dem Spar- und Bauverein selbst dienen.

Einigung in Kuttlau.

Wie der Stahlhelm sie sich vorstellt.

In Kuttlau (Niederschlesien) feierte am Sonntag der Stahlhelm einen „großdeutschen Tag“. Wie wir dem Bericht der deutschnationalen „Neuen niederschlesischen Zeitung“ entnehmen, begann der Festredner, ein Major Fleischer, seine Ansprache mit folgender Verheißung:

„Bei einer nationalen Rundgebung müssen wir alles Trennende in der Nation beiseite lassen und alles Einigende in den Vordergrund stellen. Aus diesem Grunde ruhe heute jeder Parteistreit.“

Die Ausführung dieses Programms spiegelt sich in folgenden Sätzen des Redners:

„Solange die 60 Millionen, verführt durch volksfremde, bezahlte Agitatoren, für irgendwelche Parteiliche durcheinandergewühlt werden und sich zerfleischen, ist an eine Befreiung nicht zu denken... Die Männer, die in den Novembertagen des Jahres 1918 die Revolution gegen das Volk gemacht haben, haben versprochen: Friede, Freiheit und Brot. Und was haben sie uns in Wirklichkeit gebracht: Krieg (?), Befreiung von der Arbeit (d. h. Arbeitslosigkeit) und Hunger.“

„Kein Mann der nächste Redner, ein Freiherr v. Brangel, Landesverbandsführer des Stahlhelms für Schlesien:

„Wie kam es zur Bildung des Stahlhelms? Die Besten im Felde waren gefallen, und der in den letzten Jahren ins Feld getommene Ersatz stand zum großen Teil unter internationalem Einfluß, der von Hehern und vaterlandlosen Lumpen in der Heimat verbreitet worden war.“

Nun wissen wir wenigstens, wie es aussieht, wenn der Stahlhelm „alles Trennende beiseite läßt und das Einigende in den Vordergrund stellt“.

Deulich gräulich.

Film-Bohenschau der „Deulich“. So weit, so gut. Man wundert sich plötzlich: eine Moskauer Demonstration wird vorgeführt, wahrscheinlich gegen die Hinrichtung Sacco-Vanzetti. Immerhin, Moskau? Aber rasche Wiedergutmache: Reichwehrbrückenschlag über die Saale, Großflugtag in Tempelhof mit — Großaufnahmeln — der Kronprinz, zu Ubei redend und ins Objektiv guckend, daß jedes Monarchistenherz puppert. Doch das Beste kommt zuletzt? „Die modernste deutsche Zeitung bedient sich der schnellsten Beförderung“. Was kommt? Etwa der große Vintoverlag, der schon seit Jahren seine Zeitungslinzenzeuge hat? O nein, „Berliner Lokal-Anzeiger“ steht groß auf der Tragfläche. Also ist das feindliche Reaktionsblatt die modernste Zeitung? Gar so faustdick Hugenberg-Reklame treiben, liebe Deulich, das ist gräulich!

leicht. — So, und wie lange die gelehrten Mauter arbeiten? — Das gehe an. Bei dem Holzbau, den der Staat errichte, nur zehn Stunden. Drüben aber bei der Kapelle, die von der Gemeinde gebaut wird, arbeite man zwölf. — Und der Stundenlohn für Mauter? — Verlegenes Lächeln: Sechzig Pfennige. — Ob sie in einem Verband seien? — Nein, hier im Wald kennt man so etwas nicht.

Die Beute sind hier sehr fromm.

Eine steile Wand bin ich vierhundert Meter tief vom Rachel herabgesteigert. An ihrem Fuß träumt, eingemauert von Felsen, umgeben von Urwald, ein braunschwarzer See. Du stehst im verzauberten Märchenland.

Anderswo ständen an solchem Platze drei Hotels mit unverwundten Freilen und abendlicher Jazzmusik. Hier nicht einmal eine Bank, um auszuruhen und den Blick auf das Kapellchen zu genießen, das hoch oben am Felsen steht. Du sitzt auf dem vermorschten Steg der eingestürzten Fischerhütte und hängst die Füße in das unendlich klare Wasser, auf dessen Grund vor Jahren hinabgestürzte Baumstämme vermodern.

Stundenlang weiter, der hungrige Magen mahnt. Eine Jagdhütte verzeichnet der gedruckte Führer mit Wirtschaft. Dahinter in Kammern: gut.

Nach endlosen Wärsch ist sie erreicht. Neben dem Förstereigebäude eine ärmliche Hütte, davor primitiv gezimmerte Holzbänke mit Tisch. Eine schmuddige Alte erscheint und läßt dich in die Gaststube. Die unheimliche Luft eines seit Wochen nicht gelüfteten Zimmers sowie unendliche Fliegenplagen veranlassen dich, draußen sitzen zu wollen. Als du trotz verlegener Gebärden und Kopfschütteln der Alten auf einer der Bänke Platz nimmst, zieht sie geschämig unter der gestickten Katzenschürze ein Stück Holz hervor und beginnt, den angetrockneten Hühnerdreck vom Tisch zu kratzen.

Der Hühnerdreck weckt Hoffnungen: Gibt es hier Eier? — Ja, aber das Feuer in der Küche brennt jetzt nicht. Am gleichen Scheiter der Wunsch nach Kaffee. Als letztes bleibt ein Glas rohe Milch, die mit viel schwärzlichem Bodensatz serviert wird.

Du verläßt die gastliche Stätte und überzeugst dich noch einmal im Führer: Wirtschaft (gut).

Die Beute sind hier sehr fromm.

„Also — es gibt hier doch Menschen,“ begrüßt mich ein Tourist, dem ich beim Abstieg vom Follenstein begegne.

Eine Stunde habe ich oben, ausgeleibelt, mutterfeienstein in der Sonne gelegen und die wunderbarste Aussicht über grüne Täler und schwarze Höhen bis zur schimmernden Donau genossen. Aus dem dunstigen Horizont grünen — wie fernste Ahnungen — die kaum sichtbaren Umrisse der Alpenfeste.

Ruhe, Einsamkeit und das ewige Rauschen des Waldes, die Ur-

Entwendete Sprengstoffe.

Ein Kommunistenprozeß vor dem Reichsgericht.

Leipzig, 6. September. (Eigenbericht.)

Ein großer Prozeß gegen süddeutsche Kommunisten begann am Dienstag vor dem Ferienstrafsenat des Reichsgerichts. Auf der Anklagebank hat der Arbeiter Wilhelm Senfried mit 9 Genossen aus Calmbach und anderen Orten Platz genommen. Die Angeklagten werden beschuldigt, im September 1923 aus einem Aufbewahrungsraum in der Nähe von Calmbach ungefähr 180 Pfund Sprengstoffe entwendet zu haben. Auch sollen zwei Angeklagte bei der Ausführung der Tat Schußwaffen bei sich gehabt haben. Die Angeklagten sind gefändig. Sie waren damals von der militärischen Leitung der KPD beauftragt worden, Sprengstoff zu beschaffen. Die Entwendung des Sprengstoffes wurde durch Verrat aus eigenen Reihen aufgedeckt. — Die Verhandlung, zu der mehrere Zeugen geladen sind, wird noch zwei Tage dauern.

Tschechische Schuldrosselung.

Ueberfüllte deutsche Schulklassen.

Gablonz, 7. September. (Eigenbericht.)

In der allgemeinen Schuldrosselung wurden auch in unserer Gütlerstadt zahlreiche deutsche Schulklassen geschlossen. Bei den starken Schülereintritten reichen die Klassen nicht, und es werden unmögliche Zusammenziehungen verfügt. So hat man in Gablonz Schüler der vierten mit jenen der zweiten Klasse zusammengezogen und 76 Kinder in eine Klasse gepfercht. Das ist keine Seltenheit, und in ganz Nordböhmen gibt es die gleichen Fälle, da erst bei 71 Kindern die Klassen geteilt werden, Ausländerkinder und vorerschulspflichtige (und wenn es sich nur um Tage handelt) aber nicht zählen. So kommen auch Klassen von 80 und mehr Schülern zusammen. In der Grenzstadt Wsch sind fast hundert Schulkinder in einer Klasse eingepfercht. In Gablonz haben die Eltern bei der Stadt und bei der politischen Behörde demonstriert. Sie wollen eventuell den Schulfreien durchführen.

Die Fälle wirken um so tröster, da Hunderte Klassenzimmer leerstehen und Tausende Lehrer brotlos sind, und da andererseits für vier und sechs tschechische Kinder eigene Schulen errichtet werden. Erst 1933 wird die Schülerzahl für Teilungen auf 60 herabgesetzt. Die Lehrerschaft ist gegen die aller Pädagogik höhnsprechenden Bestimmungen machtlos und hat in Klassen mit 60, 70, 80 und mehr Kindern den denkbar schwersten Stand.

Krieg, Handel und Piraterie...

Ein polnischer Intendanturgeneral schwer bestraft.

Warschau, 7. September.

Der Brigadegeneral Zamiercki, früherer stellvertretender Intendantchef im Kriegsministerium, der angeklagt war, bei Militärleistungen, die er selbst vergeben hat, bestochen worden zu sein, ist vom Gericht schuldig erkannt worden, zum Schaden des Staatschages gehandelt und Bestechungsgelder empfangen zu haben. Der General wurde zu fünf Jahren schweren Kerkers und Ausstoßung aus dem Heeresverband verurteilt. Sein Mitangeklagter Oberstleutnant Butkiewicz wurde freigesprochen.

Zu den Neuherungen des polnischen Gesandten, die mir heute früh veröffentlicht haben, wird uns berichtend mitgeteilt: Deutschland hat Polen seinerzeit erklärt, daß nach Regelung der Riederausfuhrfrage die deutsche Neuherung über polnische Kohleneinfuhr usw. im September erfolgen werde; es ist also nicht so, daß Polen sechs Monate ohne Antwort gelassen worden wäre. Gegenüber der Erklärung, daß die polnische Höchstzulassungsverordnung nicht gegen Deutschland gerichtet sei, wird darauf verwiesen, daß der Warschauer sozialistische „Robotnik“ diese Verordnung als gegen Deutschland gerichtet bezeichnet hat.

melodie alles Werdens und Bergehens — dafür lassen sich miserables Gien und fromme Unjauherkeit schon ein paar Tage ertragen. Der beruhigende Rhythmus der Wälder klingt mir noch im Ohr, wenn ich nun wieder verkehrsgeregelte Einbahnstraßen rechtwinklig überschreite, wobei ich des verunsicherten Waldes gedanke, in dem ich acht Tage lang keinem einzigen Automobil begegnet bin.

C. R.-L.

Ein nachdenkliches Lustspiel.

Paul Gerald ist einer von den Autoren, die ernsthafte Komödien schreiben. Stücke mit psychologischem Unterbau und einer guten Lehre, die im Hintergrund lauert. Im Lustspiel „Ihr Mann“, mit dem die Kammerpiele die Saison eröffnen, unterzieht er gewissenhaft den feierlichen Wert der Ehe, sozusagen den ehelichen Stimmungsgehalt. Jacqueline hat einen durchaus alltäglichen Mann Maxime, aber auch ein romantisches Gemüt, so daß sie in ihm etwas Außerordentliches sieht. Ein kleines Mißverständnis wächst sich durch Jacqueline unpraktisches Verhalten zu einem respektablen Eiserjuditsant aus. Maxime entpuppt sich als ganz gewöhnlicher Durchschnittsmann, sie fällt, um nicht zu sagen aus allen Wolken, aus der Romantik in die Wirklichkeit. Diesmal hat das ordinäre Benehmen des Ehemannes noch einen Schein von Berechtigung, aber wer will ihr garantieren, daß ein nächstes Mal eine verlassene Rudelsuppe den Grund zu einer heimlichen Szene abgeben wird. Sie zieht also die Konsequenzen und wirft sich einem jungen Mann an den Hals, der ebenso romantisch empfindet wie sie.

Der Verfasser stellt sich augenscheinlich auf die Seite der Frau. Liebe ist Vertrauen. Ich muß aber sagen: wenn Maxime sozial Vertrauens in seine Frau setzte, wie sie verlangt, dann würde sie ihn wieder für einen Trottel halten und ihre romantische Welt einfürgen leben. Philosophie im Lustspiel ist immer gefährlich. Gerald's Stück ist mit sozialer Psychologie gepflicht, daß der Zuschauer immer nachdenklicher wird, ohne rechtes Ergebnis. Der einzige Schluß, zu dem er kommt, ist, daß er merkt, wie langweilig das Stück ist.

Das hätte er schon früher gemerkt, wenn die Kammerpiele nicht für eine famose Belebung gefolgt hätten. Carola Loelles Jacqueline ist so zart befaßt, wie es nur die romantische Seele ihrer Rolle vorschreibt, Otto Wallburg ein gutmütig polternder Ehemann, der in der Erregung zerschmetternd überstürzte Ehe herausblubbert. Oskar Karl Weich besitzt eine Art von bescheidener Freiheit, die ihm seiner nachmacht, und Ida Wüst ist eine erschütternd komische Typen von überhäufeter und zerstreuter Schwiegermutter. Nur Pamela Webedind paßt nicht in das wohlbestimmte Ensemble. Mit Rollenketten, Augenverdrehen und lauernden Blicken ist burschliches Wesen eines Bodfisches noch lange nicht gezeichnet.

Eröffnung einer biologischen Versuchsanstalt am Plattensee. In Tübingen am Plattensee wurde eine großangelegte biologische Versuchsanstalt eröffnet. Zunächst gibt es in Europa zwei hydrobiologische Institute, die eine in Reapel für Süßwasser- und die andere in Tübingen für Süßwasserforschung.

Die Premiere von „Die Dame von Maxim“ im Deutschen Künstler-Theater beginnt am Donnerstag, dem 8. September, abends 7 1/2 Uhr.

Die Richtlinienschaukel.

Was die Deutschnationalen behalten und was sie vergessen haben.

Das Verhalten der deutschnationalen Regierungspartei zur verfassungsmäßig festgestellten schwarzrotgoldenen Reichsflagge wird von Tag zu Tag grotesker. Zwar hat man, um vier Ministerien zu erschnappen, die berühmten „Richtlinien“ anerkannt, aber mit einem kleinen Michaelisfischen „Wie ich sie auffasse“. Wir berichteten bereits, in welcher Weise die Westarp'sche „Kreuz-Zeitung“ auf die Erklärungen des Reichstanzlers Marx in Dortmund geantwortet hat. Der „Parlamentarische Dienst“ der Zentrumspartei bezeichnet diese Antwort als eine weitere „nationale Würdelosigkeit“ und stellt die Frage, ob die fortgesetzten Verhöhnungen und Beschimpfungen des nun einmal gegebenen nationalen Hoheitszeichens nicht sogar „gesetzwidrige und gefährliche“ Angriffe auf den Staat und seine Einrichtungen darstellen. Zusammenfassend erklärt das offizielle Organ der Zentrumspartei dann:

„Es bleibt schon dabei, was wir vor kurzem gesagt haben, daß wir uns diese Sprache auf keinen Fall länger gefallen lassen und daß wir von der verantwortlichen Leitung der Deutschnationalen eine Erklärung darüber fordern, ob sie dieses Verhalten ihrer führenden Presse billigen.“

Auf diese Erklärung wird das Zentrum wohl vergeblich warten. Aber während die Deutschnationalen hier die „Richtlinien“ unter Hohn und Spott mit Füßen treten, haben sie die Stirn, sich bei anderer Gelegenheit in ganz ungehörter Weise auf sie zu berufen. Im Preussischen Landtag haben sie neuerdings eine kleine Anfrage wegen des Verhaltens des Oberbürgermeisters Böhm eingebracht, der, wie berichtet, bei einer nationalistischen Feier auf dem Turnplatz einer städtischen Schule die demonstrativ angebrachten schwarzweißroten Fahnen entfernen ließ. Die Anfrage lautet:

Diese Handlungsweise des Oberbürgermeisters der Reichshauptstadt stellt eine schwere Verletzung (1) dar gegen die Grundfarben der deutschen Handelsflagge und gegen die programmatische Willenserklärung der Reichsregierung über den Schutz der Tradition und der alten Reichsflagge. Wir fragen deshalb:

1. Was gebietet das Staatsministerium zu tun, um den Oberbürgermeister der Stadt Berlin zu veranlassen, daß auch er die im Auslande und auf den Meeren als Grundfarben der deutschen Handelsflagge bekannten Farben Schwarzweißrot achtet und respektiert?

2. Was gebietet das Staatsministerium zu tun, um dem Willen der Reichsregierung hinsichtlich des Schutzes der Tradition und der alten ruhmgekrönten Reichsflagge auch gegenüber dem Berliner Oberbürgermeister Geltung zu verschaffen?

Hierzu ist lediglich zu bemerken, was bereits unlängst ein Zentrumsorgan hervorhob, daß die verfassungsmäßige Reichsflagge schwarzrotgold ist und daß die schwarzweißrote Fahne daneben nur die Rolle eines Parteiabzeichens spielt, zu dessen besonderer Achtung und Ehrung keine deutsche Behörde irgendwie gezwungen ist. In diesem verfassungsmäßigen Zustand kann auch der Wille irgendeiner Reichsregierung nichts ändern, der rechtlich völlig unerheblich ist. Es spielt auch keine Rolle, ob Schwarzweißrot die Grundfarbe der deutschen Handelsflagge ist, denn diese Handelsflagge hat außerdem eine schwarzrotgoldene Bösch und ist daher mit der vom Oberbürgermeister Böhm entfernten nur schwarzweißroten Fahne nicht identisch. Außerdem wurde diese Grundfarbe gewählt, weil nach der Behauptung von Sachverständigen angeblich auf dem Meere die schwarzrotgoldenen Farben nicht ebenso klar erkennbar sein sollten wie die schwarzweißroten. Daß die Offenbacher Straße in Friedenau im Meere läge, werden selbst die Deutschnationalen nicht behaupten wollen.

Auch die Luftkassa schwarzrotgoldene.

Wie aus Leipzig mitgeteilt wird, waren bei der dortigen Veranstaltung des Sachverständigenrat über 50 weißrote, grünweiße und blaue Fahnen aufgezogen. Für die schwarzrotgoldene Reichsflagge hatte man indessen keinen Platz gefunden. Das ist um so bemerkenswerter, als die zur Verfügung gestellten Preise aus Reichsmitteln stammten. Der Deutsche Luftfahrtverband hat zwar diese Preise entgegengenommen, der moralischen Verpflichtung zum Zeigen der Reichsflagge ist er innewohnend nicht nachgekommen. Das Fehlen der Reichsflagge hat hohe Offiziere der Reichswehr sowie leitende Beamte des Reichsverkehrsministeriums jedoch nicht daran gehindert, den Veranstaltungsort zu besuchen.

Das Verhalten der Luftkassa ist offenbar der Dank dafür, daß sie einzig und allein durch Reichsmittel am Leben erhalten wird. Auf die Reichsflagge pfeift sie. Auch auf die Subventionen des Reiches zu pfeifen — dafür reicht der nationale Männerstolz nicht zu.

Der Kampf um die Reichsfarben.

Auch in der bürgerlichen Sportbewegung regt es sich.

In dem Kampf um die verfassungsmäßig festgelegten Farben der Republik melden sich auch erfreulicherweise die Republikaner in den bürgerlichen Sportverbänden. So führte der Turnrat (die technische Behörde) der „Turngemeinde in Berlin“ am 29. August folgenden Beschluß:

„Der Turnrat der Turngemeinde in Berlin ist mit der Führung der „Deutschen Turnerschaft“ und des Kreises III durch die damit zurzeit beauftragten Turngenossen nicht einverstanden. Er bittet beide Körperschaften, das Grundgesetz (§ 2) der DT. bei zukünftigen Veranstaltungen, sowie durch Wort und Schrift strengstens zu beachten. Es gehören dazu bei offiziellen Veranstaltungen die Führung der Reichsflagge und das Unterlassen jeglicher Ausführungen, die angesichts der Zerrissenheit unseres deutschen Volkes irgendwelche Verlehen können.“

Da in der T. B. wie in der „Deutschen Turnerschaft“ überhaupt große Teile der Mitgliedschaft sich aus Volksgenossen zusammensetzen, die wegen ihrer Gesinnung und ihrer sozialen Stellung zu den Befürwortern der republikanischen Staatsform gehören, müssen die führenden Beute der Deutschen Turnerschaft dem Verlangen des Turnrates um so eher nachkommen, als es ja schließlich nur die Innehaltung der Bundesflaggen verlangt. Die Veröffentlichungen des Beschlusses im Mitteilungsblatt der T. B. und in den Zentralblättern der DT. wird das ihre dazu beitragen, alle Republikaner in den bürgerlichen Sportorganisationen auf den Beschluß zu vereinigen.

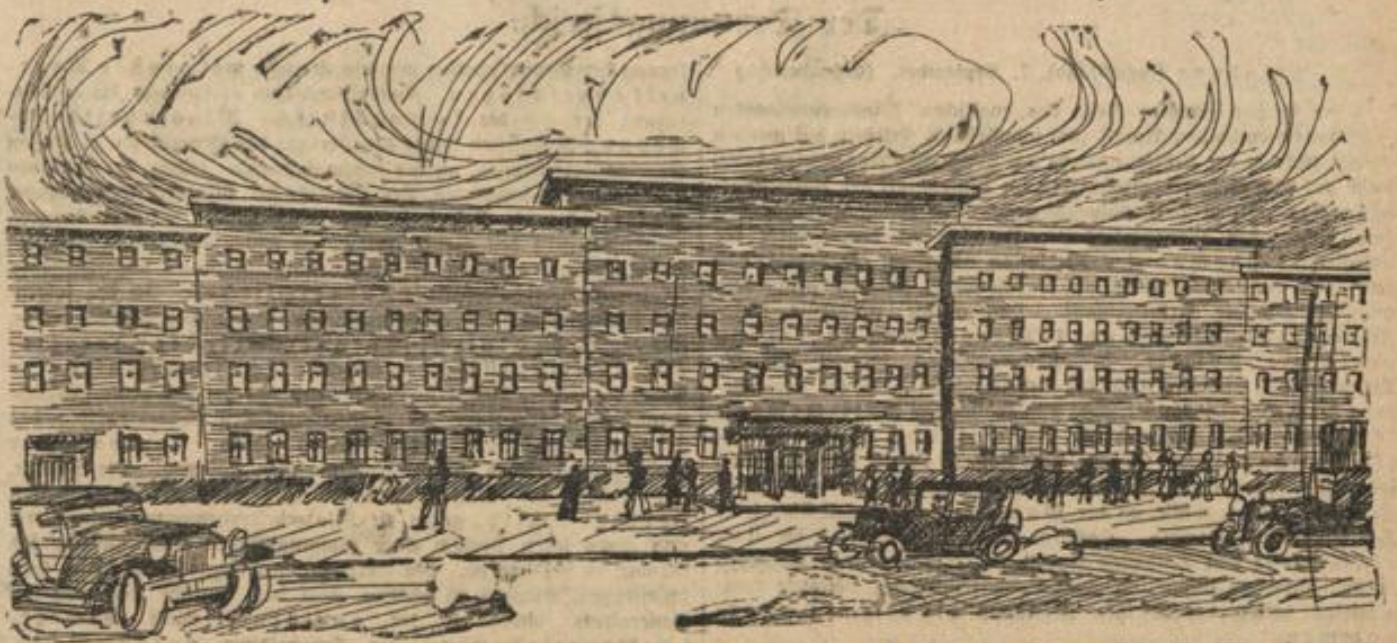
Was geht in Kattowitz vor?

Geheimnisvolle Verhaftungen.

Kattowitz, 7. September.

Bei der Kattowitzer Buchhandlung und Verlagsgesellschaft wurden in der Buchhalterei und Kontrolle von der Polizei Durchsuchungen vorgenommen, die den ganzen Tag über andauerten, ebenso in der Wohnung des Direktors der Gesellschaft. Ein Baumeister aus Gleiwitz, ein Buchhalter und ein Chauffeur wurden verhaftet. Die Ursache der Verfolgung war bisher nicht zu ermitteln.

Ein Riesenbad in der Gartenstraße.



Der Bezirk Mitte arbeitet seit mehr als zwei Jahren an dem Projekt, in der Gartenstraße eine Badeanstalt zu errichten. Nach langen Verhandlungen hat der Magistrat die zum Bau notwendige Summe von drei Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Noch in diesem Monat wird mit dem Bau begonnen.

Die gesamten Anlagen sind um vier Höfe gruppiert. In dem unteren Geschoss sind die maschinellen Einrichtungen, Filter, Wertstätten, Wäschemagazine, Pumpenanlagen und dergleichen vorgesehen. In dem nach der Straßenseite gelegenen Bauteil werden die Brause- und Bäder, ruffisch-römische und medizinische Bäder, von der zentral gelegenen Kassenhalle aus durch Treppenanlagen oder mit Fahrstuhl erreichbar, untergebracht. Der zweite Bauteil ist eine 61 Meter lange, 10 Meter breite und rund 10 Meter hohe Halle, die in ihrer Längsachse glasüberdeckt und vierseitig belichtet ist. In der Mitte werden galerieartig die mit Stiefel- und Barfußgang versehenen Auskleidezellen untergebracht. Der Zutritt zu den Auskleidezellen erfolgt von der Kassenhalle aus über eine breite Treppenanlage in einen Mittelraum. Die galerieartige Anordnung der Zellen mit dem inneren Lichthof ermöglicht eine gute Belichtung und Lüftung. Vom Mittelraum führt für Zuschauer bei Sportfesten eine Verbindung nach der Schwimmhalle, die im Alltagsbetriebe durch ein niedriges Gitter abgeschlossen ist. Wie baden will, erreicht die Schwimmhalle von den oberen Geschossen über eine besondere Barfußstiege nur nach Durchschreiten der Reinigungsräume. Diese sind für Jugendliche und Erwachsene unterteilt, gut belichtet, mit Duerlüftung, W. C. usw. versehen. Die etwa 60 Meter lange und 22 Meter breite

Schwimmhalle bildet den dritten Bauteil. Sie nimmt ein Schwimmbecken von 50 Meter Länge und 15 Meter Breite auf, das allen sportlichen Forderungen Rechnung trägt. Große Fenster von vier Seiten und von oben eine verglaste Decke bringen reichlich Licht und Luft. Die Fenster können im Sommer geöffnet werden. Der Zutritt in das Schwimmbecken erfolgt von den beiden nach gehaltenen Schmalseiten. Das Becken vertieft sich in seiner Längsrichtung nach der Mitte, wo dem Zugang der Besucher gegenüber die Sprunggelegenheiten eingerichtet werden. Die Halle sieht bei Sportfesten auf drei bzw. vier breiten abgestuften Umgängen des Untergeschosses weit über 1000 Zuschauer, für welche durch einen nach dem Untergeschoss führenden Fahrstuhl in kürzester Zeit Sitzgelegenheiten geschaffen werden können. An der Hofseite der Schwimmhalle sind in einem oberen galerieartig zurückgezogenen Geschoss bei Sportfesten weitere Rückplätze der Unterbringung von Zuschauern. Zwei getrennt angelegte Dachgärten sind für Sonnenbäder mit Umkleekabinen, Liegestühlen, Turngeräten und Brausen eingerichtet. Sie können gesondert oder in Verbindung mit der Schwimmhalle bzw. den ruffisch-römischen Bädern und deren Umkleekabinen benutzt werden. Für die Schwimmhalle sind insgesamt über 700 Auskleidemöglichkeiten vorgesehen.

Außer der großen Schwimmhalle werden rund 80 Bannbäder, 40 Brausezellen, 20 medizinische Bäder, ruffisch-römische Badeanlagen, gesondert für Männer und Frauen, mit etwa 90 Ruhebetten, einem gemeinsamen Ruheraum für die Bevölkerung zur Verfügung stehen. Die Wasserförderung ist mit elektrischer Kraft aus drei Tiefbrunnen geplant.

Waffenfunde in Steglitz.

Es handelt sich um unbrauchbare Bestände.

Der Polizeipräsident teilt mit:

Am 6. September wurde auf dem Boden der Gemeindefschule 1 in Steglitz, Ringstraße 55, bei Ausführung von Dachdeckerarbeiten eine Anzahl von Waffen vorgefunden, und zwar: 51 Infanterieinfanteriegewehre, 7 Ersparnisgewehre, 3 Übungshandgranaten, 2 Köpfe von Stielhandgranaten ohne Zünder sowie etwa 100 Stahlhelme und Reste von militärischen Ausrüstungsgegenständen. Munition wurde entgegen anderstehenden Pressemitteilungen nicht gefunden. Die Gegenstände, die durchweg unbrauchbar sind, stammen offenbar von Truppenteilen, die 1918 und 1919 in der Schule einquartiert waren. Der Boden ist nach Angabe des Schulwart seit jener Zeit nicht mehr betreten worden. Sämtliche Gegenstände wurden durch die Polizei aus dem Hause herausgeschafft und bestimmungsgemäß vernichtet.

Ein Sadist auf der Straße.

Uebervälle auf junge Mädchen mit dem Dolch.

Ein Sadist, vor dem schon wiederholt gewarnt wurde, ist gestern wieder an zwei Stellen aufgetreten. Ein Mann in mittleren Jahren, der schon seit längerer Zeit die Straßen von Neukölln und des Südstadts umhertreibt, fährt mit einem Rade umher, macht sich plötzlich an junge Mädchen heran und sticht mit einem spigen Werkzeug auf sie ein. Bisher stand er jedesmal nach den Weinen. Gestern vormittag tauchte er wieder mit dem Fahrrad in der Diefenbachstraße auf und verfolgte eine Schülerin, die zur Schule ging, einen Stich in die linke Brustseite. Abends stand er in der Röllendorfsstraße zu Lichtenberg ein junges Mädchen in die rechte Gesichtseite. Dabei löste sich das Werkzeug, ein 5 Zentimeter langer Schusterdorn, aus dem Heft und blieb in der Wunde stecken. Es gelang wieder nicht, den Mann zu fassen. Er jagte auf seinem Rade sofort davon und entkam. Der gefährliche Mensch ist etwa 38—40 Jahre alt, mittelgroß und trug einen grauen Anzug mit langen Hosen und einen dunkelgrünen Hut. Bei den früheren Anfällen hatte er stets Breches getragen. Mitteilungen zu seiner Ergreifung an Kriminalkommissar Strome im Polizeipräsidium.

Brückenbeschädigung durch Güterzug.

Die Feuerwehr wurde gestern um 23 Uhr auf den Alarm „Brücke in Einsturzgefahr“ nach der Landsberger Allee alarmiert. Auf der einen Seite der hölzernen Brücke, die im Zuge der Landsberger Allee über die Ringbahn führt, machten sich im Bohlenbelag und am Geländer plötzlich starke Risse bemerkbar, die einen Einsturz befürchten ließen. Die Feuerwehr unter Leitung des Baurates Müller sperre die gefährdete Seite zunächst für jeden Verkehr ab und nahm Verfestigungen vor. Nach den bisherigen Ermittlungen ist der Schaden durch einen Güterzug verursacht worden, der in einem Waggon unangemessen gelagerte landwirtschaftliche Maschinen mit sich führte, die mit großer Gewalt gegen die Brückenpfeiler prallten. Für diese Annahme sprechen auch einige abgerissene Pfosten, die auf den Gleisen gefunden wurden. Noch in später Stunde erschien Oberbaurat Fischer von der städtischen Bauabteilung an der Unfallstelle. Durch den Vorfall war das Gütergleis längere Zeit gesperrt, so daß drei Güterzüge erhebliche Verspätungen erlitten. Wie heute von der Reichsbahndirektion mitgeteilt wird, soll keinerlei Einsturzgefahr für die Brücke bestehen.

Die Schädelhunde am Bahnhof Gesundbrunnen. Die gestern bei Ausschachtungsarbeiten auf dem Bahngelände in der Nähe des Bahnhofes Gesundbrunnen vorgefundenen Schädel sind einem Sachverständigen zur Untersuchung übergeben worden, über deren Ergebnis noch nichts bekannt geworden ist. Beide Schädel wiesen keinerlei Verletzungen auf. Die Polizei ist noch mit den Ermittlungen beschäftigt, um zu ergründen, auf welche Weise die Knochen an die Fundstelle gelangt sind.

„Old Glory“ in Seenot.

Zwei SOS-Rufe von Dampfern aufgefangen.

Das Flugzeug „Old Glory“, das gestern, wie gemeldet, in Old Orchard im Staate Main zum Flug nach Rom aufgestiegen ist, scheint das Schicksal aller Atlantikflieger teilen zu müssen. Wie nachstehendes Telegramm meldet, wurden ihre SOS-Rufe (das internationale Morsezeichen für höchste Not: save our souls — Rettet eure Seelen) von zwei Dampfern aufgefangen.

New York, 7. September.

Die Dampfer „Carmania“ und „Capland“ melden, daß sie einen drahllosen SOS-Ruf der „Old Glory“ aufgefangen haben.

New York, 7. September.

Auch der Passagierdampfer „Transylvania“ fing den drahllosen SOS-Ruf der „Old Glory“ auf, die wahrscheinlich bei 45,50 nördlicher Breite und 41,15 westlicher Länge steht, es weht ein frischer Westwind.

New York, 7. September.

Das Flugzeug „Old Glory“, das seinen Ozeanflug angetreten hat, ähnelt dem Flugzeuge Byrd, der „America“, hat jedoch nur einen Bristol-Jupiter-Motor von 450 PS. Die Spannweite der Tragflächen beträgt 65 Fuß, die Länge des Flugzeuges 46,5 Fuß. Der Gasolintank faßt 1120 Gallonen. Das Flugzeug hat Funkempfangs- und -sendegeräte. Die Tragflächen haben goldfarbigen Anstrich, der Unterbau silberfarbig. Auf der unteren Seite beider Tragflächen ist je eine amerikanische Flagge und das Kennzeichen des Handelsamtes N X 703 angebracht. Der Name „Old Glory“ ist an dem Rahmenwerk in rotweißblauer Farbe verzeichnet. Hier befinden sich auch zwei Adlerbilder. Die Adler tragen in ihrem Schnabel Olivenzweige. Unter dem einen Adler steht der Name New York, unter dem anderen: Rom.

Der Leiter des Meteorologischen Instituts, Kimball, teilte mit, daß die „Old Glory“ auf der Strecke zwischen Old Orchard und Cape Race frische Nordwestwinde, von dort bis zur Mitte des Ozeans Westwinde antreffen werde. Die Flugstrecke über der ersten Hälfte des Ozeans sei bewölkt.

Halifax, 7. September.

Die „Old Glory“ wurde um 7 Uhr nördlich von Sidney (Cape Breton) gesichtet. Das Flugzeug flog in fast genau östlicher Richtung.

Wieder der Revolver eines Tobsüchtigen.

Drei Tote, ein Schwerverletzter.

London, 7. September.

Die Blätter berichten aus New York: Als fünf Männer im Bureau eines Rechtsanwalts im 9. Stock eines Gebäudes nahe des Harvardclubs eine Sitzung abhielten, zog einer von ihnen plötzlich eine Pistole und begann zu schießen. Zwei Rechtsanwälte sprangen aus dem Fenster, um den Kugeln zu entgehen; einer war sofort tot, der zweite wurde so schwer verletzt, daß man an seinem Aufkommen zweifelt. Ein dritter Teilnehmer an der Sitzung brach in seinem Stuhl, von zwei Kugeln in die Brust getroffen, tot zusammen, während der vierte, der nach dem List eilte, vor der Tür tot zusammenfiel. Der Täter ist flüchtig. Es wird angenommen, daß Vermögensstreitigkeiten der Anlaß zu der Schießerei waren.

Protest gegen die Verlegung des Versuchungsfluges. Der Meteorologe der Einfamilienhäuser der Großstadt Leipzig hat die gesamte Bevölkerung zu einer großen Protestversammlung am Donnerstag, dem 8. September, 1930 Uhr, im großen Saale des Restaurants Buchstrug eingeladen, um gegen die Verlegung des Versuchungsfluges nach Briss zu protestieren.

Edinburg gegen Moskau.

Der Trennungskrieg.

Edinburg (Schottland), 7. September. (Eigenbericht.)

Der in der jüngsten Rede des englischen Ministerpräsidenten Baldwin enthaltene Appell zum industriellen Frieden, auf welchen bereits Hils in der Eröffnungsrede des Kongresses hingewiesen hatte, stand auf dem Gewerkschaftskongress im Mittelpunkt der Vormittags-Sitzung des zweiten Verhandlungstages. Dem Kongress wurde von dem Führer der Transportarbeiter Bevin und dem Führer der Eisenbahner Thomas eine Resolution vorgelegt, die besagt, daß kein Teil der Bevölkerung den industriellen Frieden dringender wünsche, als die Arbeiterschaft. Das größte Hindernis dieses Friedens sei aber die von der konservativen Regierung verfolgte Politik, insbesondere deren Angriff auf die Lebenshaltung und das Recht der Arbeiterschaft, sowie die Verlängerung der Arbeitszeit im Bergbau und endlich das Anti-Gewerkschaftsgesetz. Lediglich die Beseitigung dieser Verflechtungsgesetze könnten den Beweis liefern, daß Baldwin seinerseits aufrichtig Frieden wünsche, andernfalls er dem Lande Gelegenheit geben müsse, an der Wahlurne das Urteil über seine Regierung auszusprechen. Nachdem Bevin und Thomas die Unerschlichkeit von Baldwin's Appell, der im schreienden Gegensatz zu den Tatsachen stünde, an einer Reihe schlagender Beispiele nachgewiesen hatten, wurde ihre Resolution einstimmig angenommen.

Am Vormittag wurden bereits kommunistische Vorstöße, die bei der Erörterung der Reorganisation und Zusammen-

legung der Gewerkschaften gemacht wurden, mit großer Mehrheit abgelehnt. Nachmittags kam es trotzdem bei der Beratung der auf die kommunistische Minderheitenbewegung bezüglichen Stelle des Berichts des Generalrats zu großen Auseinandersetzungen, an der sich maßgebende Führer der britischen Gewerkschaften beteiligten. Der Sekretär der Minderheitenbewegung, Pollitt, der als Delegierter der Kesselschmiede an dem Kongress teilnimmt, griff den Generalrat wegen seines im Januar gefassten Beschlusses an, alle den Minderheitenorganisationen angeschlossenen lokalen Gewerkschaftskartelle auszuschließen. In der folgenden Diskussion, die mit außerordentlicher Leidenschaft geführt wurde, trat deutlich die Einsicht in den zersetzenden Charakter der kommunistischen Gewerkschaftsagitation zu Tage, die weitere riesige Fortschritte gemacht hat und heute sämtliche verantwortliche Führer der großen britischen Gewerkschaften den Trennungskrieg gegenüber den Kommunisten ebenso streng ziehen wie die kontinentalen Kollegen. Die Schärfe, mit welcher der tabuläre Präsident der britischen Bergarbeiter, Herbert Smith, gegen die Minderheitenbewegung polemisierte und gegen jeden Versuch einer kommunistischen Einflüchtung sich wandte, ist bezeichnend. Im merkwürdigen Gegensatz zu dieser Entschlossenheit, Klarheit zu schaffen, steht das deutliche Bestreben des Generalrats hinsichtlich der anglo-rußischen Gewerkschaftsbeziehungen der Entscheidung auszuweichen. Jedoch wird der Generalrat durch die Diskussion im Laufe des Kongresses zweifellos dazu gezwungen werden.

Jetzt wird uns ein anderer Fall mitgeteilt, der nach Auffassung der Kellner noch weit schlimmer liegt und die Firma Kempinski betrifft. Nach dem Tarifvertrag für das Groß-Berliner Gastwirts-gewerbe hat die Firma den Kellnern für einen Urlaub von 12 Arbeitstagen 36 Mark auszuzahlen. Im Frühjahr dieses Jahres bewilligte die Firma den Kellnern in der Leipziger Straße großmütig 18 Urlaubstage auf eigene Rechnung der Kellner, also einen Urlaub, der der Firma nicht nur nichts kostete, sondern ihr noch eine „Ersparnis“ von etwa 5000 Mark einbrachte. Dabei machte sich die Firma allerdings tarifbrüchig, und zwar trotz des Protestes des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten. Im neuen Kempinski am Kurfürstendamm hat die Firma im Laufe des letzten Jahres die Summe von 20 000 Mark an den Kellnern durch Vorenthaltung des Verdienstes aus Prozenten in ihre Tasche gesteckt. Die Firma zieht im Gegensatz zu den ganz klaren Bestimmungen des Tarifvertrages, wonach den Kellnern 10 Proz. der umgesetzten Waren zustehen, 1/2 Proz. für sich ab, um damit angeblich Geschäftsführer bzw. Oberkellner zu bezahlen. An diesem seltsamen Verfahren hat die Firma so großen Gefallen gefunden, daß sie es nunmehr auch auf ihren Betrieb mit 150 Kellnern in der Leipziger Straße ausdehnen möchte, wobei sie etwa 31 000 Mark im Jahr „verdienen“ könnte. Trotz der Bestimmungen des Tarifvertrages wurde den Kellnern in der Leipziger Straße das Ansuchen unterbreitet, Geschäftsführer als „Oberkellner“ einzustellen und sie aus 1/2 Proz. des Einkommens der Kellner zu bezahlen. Ein derartiges Verfahren juristisch zu beurteilen, wird Sache der zuständigen Gerichte sein.

Der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten wird dafür Sorge tragen, daß der Plan der Firma Kempinski durchkreuzt wird. Die den Kellnern vorenthaltenen 5000 Mark Urlaubsgeld werden beim Arbeitsgericht eingeklagt werden.

Die Eisenbahner gegen die Regierung Luecklands.

London, 6. September. (E.P.)

Der Arbeitsminister in Lueckland erklärte im Parlament, daß die Regierung mit ihrem Ultimatum an die Eisenbahner stehen und fallen würde, wonach sie diese zu entlassen gedente, wenn sie nicht zur Arbeit zurückkehrten. Wenn die Regierung nicht energisch den Bergewaltigungen von außen her Widerstand leistete, so könne man nur eine Revolution erwarten. Er sei fest entschlossen, dem Lande gegenüber sein Versprechen zu halten. Die Regierung hat Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Lebensmittellieferung getroffen.

Gesperrte Gastwirtschaft. Vom Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten wird uns mitgeteilt, daß die Großdestillation „Zur Kottbuser Brücke“, Kottbuser Damm 103, Ecke Ranbacher, Inh. Kausch, für organisierte Bedienstete gesperrt ist. Kausch lehnt es ab, den städtischen Arbeitsnachweis zu benutzen. Wörtlich sagte er: „Ich beschäftige keine Verbandsknechte.“ Auf die Bemerkung, daß er ja gar nicht darüber urteilen könne, da er bisher kein Personal beschäftigt habe, bemerkte er: „Ich bin Mitglied der Gastwirtsinnung. In unseren Versammlungen habe ich genug erfahren.“ Das scheint demnach nette Instruktionen sein, die die Herren Tarifstrahrenten in ihren Versammlungen erhalten. Die organisierte Bevölkerung Kottbolls wird jedenfalls kaum eine Großdestillation besuchen wollen, dessen Inhaber eine solche Meinung über die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten hat.

Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 16. Juli 1927. Textausgabe mit ausführlichem Sachverzeichnis, 88 Seiten, Preis 2 M., Carl Heymanns Verlag, Berlin W 8, Mauerstr. 44.

Sport.

Internationaler Ringwettbewerb im Sportpalast.

Der Montagabend brachte im Mittelgewicht ausgezeichneten Sport. Der Wiener Beresles traf auf den guten Schweizer G. Grüneisen, die beide im Gewicht und Körperkraft gleich waren und die Lednit bis zur Kollodung beherrschten. Nach 25 Minuten schieden beide ohne ein Resultat. Steinke-Stietlin und der Bayer Bogtmann lieferten ebenfalls einen schönen offenen Kampf, den der Stettiner nach 12 Minuten durch einen überraschenden Kopfschlag mit Hüftschwung an sich brachte. Der Elberfelder Kunst vermochte durch seine größere Kraft den Tischenen Blahoweh nach 9 Minuten mit Untergriff von vorn zu legen. Der Deutsch-Pole Vinehki war mit seiner großen Reichweite dem Remelländer Bierholz weit überlegen und als er in der dritten Minute seinen unwiderstehlichen Doppelnelson anbringen konnte, war es um den Remelländer geschehen. Schachschneider-Berlin und der Kölner Debie trennten sich unentschieden. Der 260 Pfund schwere Vette Vestinowicz siegte nach 18 Minuten mit schnellem Hüftschwung über den starken Tüftler Budrus. Der vierte Tag brachte die Begegnung des Berliner Schachschneider mit dem gefährlichen schweren Vette Vestinowicz, der durch seine größere Kraft schon überlegen war und nach 17 Minuten durch Eindringen der Brüste das Treffen an sich bringen konnte. Stolzenwald-Rheinland traf auf den Kölner Debie, dieser alku robust Ringende mußte eine ernsthafte Verwarnung einstecken; nach hartem Kampf siegte der Rheinländer in der 18. Minute mit plötzlichem Armzug aus dem Stand. Der maßige Tische Prochaska warf mit seinem Spezialgriff, einem Doppelnelson, den Hamburger Stange nach 8 Minuten auf die Bretter. Der junge Mittelgewichtler Grüneisen konnte sich nach schönem abwechselungsreichen Kampf des schnellen Bayern Sachts durch Untergriff von hinten entledigen. Ringzeit 11 Minuten. In ihrer ersten Begegnung kamen Schulz-Hamburg und der Ungar Baroth zu keinem Ergebnis. Der Jugoslawe Kopp, der zu den kampfstärksten Ringern gezählt werden muß, traf auf der Matte den äußerst gewandten Thüringer Dpjh, dieser konnte seinem Gegner 16 Minuten lang Widerstand entgegensetzen und erlag dann einem mit aller Kraft geführten Ausheber mit nachfolgender Wähle.

Verantwortlich für Politik: Richard Bernheim; Wirtschaft: G. Klingelshoff; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: Dr. John Edlmann; Lokales und Sonstiges: Fritz Karst; Anzeigen: Ed. Biedt; sämtlich in Berlin. Verlag: Hermann-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin. SB 68. Lindenstraße 2.

Die Straßenbahner in Kampffront.

Die Direktion spielt mit dem Feuer.

Wie erinnerlich wurde am 26. August für das Personal der Berliner Straßenbahn ein Schiedspruch gefällt, der den Wintertarifvertrag in seiner bisherigen Form mit ganz geringen Abänderungen bestehen lassen will und den berechtigten Forderungen der Straßenbahner nach einer besseren Regelung ihrer Arbeitsbedingungen so gut wie gar nicht Rechnung trägt.

Dieser Schiedspruch hat in den Kreisen der Straßenbahner starke Erbitterung hervorgerufen und wird von ihnen lebhaft diskutiert. Die Direktion der Straßenbahn jedoch hüllt sich hartnäckig in Stillschweigen und läßt nichts über ihre Stellungnahme verlauten. Gewiß hat sie, da die Erklärungsfrist für diesen Schiedspruch auf den 10. September festgelegt worden ist, das Recht, ihre Stellungnahme erst fünf Minuten vor Ablauf der Erklärungsfrist bekannt zu geben. So pedantisch genau nehmen es aber selbst keine Privat-Unternehmer selten, zumal wenn ihnen eine Erklärungsfrist von 14 Tagen eingeräumt worden ist.

Die Funktionäre der Straßenbahner haben vier Tage nach Verkündung des Schiedspruches zu der Situation Stellung genommen und den unzulänglichen Schiedspruch einstimmig abgelehnt. Seitdem ist über eine Woche verstrichen, ohne daß die Direktion der Straßenbahn auch nur Andeutungen gemacht hätte, wie sie sich zu dem Schiedspruch und überhaupt zu dem ganzen Tarifkonflikt stellt. Dadurch ist die schon vorhandene Erbitterung unter den Straßenbahnern über den Schiedspruch selbst noch verstärkt worden. Es schilt nur wenig, damit das Feuer lichterloh brennt. Anscheinend bemerken die Herren in der Leitung der Berliner Straßenbahn die vorhandene Erregung nicht, oder sie wollen sie nicht bemerken. Sie scheinen sich absichtlich taub zu stellen.

Wenn schon die leitenden Direktoren der Straßenbahn für die Sünde ihres Verstandes kein Verständnis mehr besitzen, dann hätte doch wenigstens der Aufsichtsrat die Pflicht, die Dinge nicht auf die Spitze treiben zu lassen. Schließlich hat auch die Öffentlichkeit das Recht, zu verlangen, daß ein Konflikt durch das unerkundliche Verhalten einiger hochbeiniger Direktoren nicht noch unnötig verschärft wird. Oder ist man auch in diesen Kreisen der Unzufriedenheit, daß die Straßenbahner, die leider schon öfter eine unerfüllbarste Launegebäude an den Tag legten, auch diesmal alles widerstandlos über sich ergehen lassen werden? Sollte man sich wirklich dieser trügerischen Hoffnung hingeben, so könnte es eines Tages leicht ein unliebsames Erwachen geben.

Die Situation ist wirklich ärgerlich, als allgemein angenommen wird. Der Verkehrsband als zuständige Interessensvertretung der Straßenbahner ist jedenfalls fest entschlossen, diese Bewegung mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen. Er hat, um eine einheitliche Willens- und Kundgebung aller Berliner Straßenbahner herbeizuführen, zu Donnerstagabend nach den Brachtalen am Märchenbrunnen eine große Volksversammlung einberufen, die über die weiteren Maßnahmen zur Durchschiebung der aufgestellten Forderungen beschließen soll. Es dürfte seinen dienstfreien Straßenbahner geben, der zu dieser Versammlung, die zugleich eine Protestkundgebung gegen die Betriebsleitung ist, nicht erscheint.

Es dürfte kaum zweifelhaft sein, daß auch diese Volksversammlung den Schiedspruch ebenfalls ablehnt und die Organisation beauftragt, zum Kampfe für die aufgestellten Forderungen zu rufen. Der Betriebsleitung der Straßenbahner müßten diese Schritte der Organisation jedoch eine ernste Warnung sein, den Bogen nicht zu überspannen, sondern durch Zugeständnisse über den Schiedspruch hinaus, besonders aber in der Frage der Arbeitszeit, des Krankengeldzuschusses und der Nachtzulagen noch rechtzeitig eine Entspannung herbeizuführen.

Sollten Direktion und Aufsichtsrat sich weiter dieser Erkenntnis verschließen, so sind für das Berliner Verkehrswesen schwere Komplikationen fast unvermeidlich. Für die Straßenbahner gilt es, sich restlos an der Versammlung zu beteiligen, um der Direktion so gern behauptet, sondern die Straßenbahner selbst mit allen Mitteln ihre berechtigten Forderungen durchzusetzen entschlossen sind.

Ausnahmerecht für lebenswichtige Betriebe.

Protest der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Die Gaukonferenz der Gemeinde- und Staatsarbeiter Westfalens beschloß sich u. a. auch mit dem Entwurf des neuen Reichsstrafgesetzbuches, der

ungeheuerliche Sonderstrafbestimmungen

gegen Arbeitnehmer lebenswichtiger Betriebe enthält, die vom Reichsrat noch erheblich erweitert worden sind. Danach können nicht nur Sabotageakte im Zusammenhang mit Wirtschaftskämpfen mit Gefängnis- und Zuchthausstrafe bis zu fünf Jahren belegt werden, sondern nach einem erweiterten Beschlusse des Reichsrats bereits die bloße Stilllegung des Betriebes! In jedem Fall soll auch schon der Versuch strafbar sein. Als lebenswichtige Betriebe im Sinne dieser Strafvorschrift sollen gelten: Eisenbahnen, Straßenbahnen, Schmelzöfen, Kraftfahrlinien, Schiffahrts- und Luftfahrtunternehmungen, Schiffs- und Flughäfen, die Post, Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke.

Nach den Ausführungen des Kollegen Wed, Berlin, zu dieser Frage nahm die Konferenz einstimmig nachstehende Entschliebung an:

„Die Gaukonferenz des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes für den Wirtschaftsbezirk Westfalen vom 4. September 1927 in Solingen hat mit Empörung davon Kenntnis genommen, daß der Reichsrat beabsichtigt ist, die Arbeitnehmer der sogenannten lebenswichtigen Betriebe, insbesondere der G.W.G.-Werke usw. durch Sonderstrafbestimmungen im neuen Reichsstrafgesetzbuch

unter unerhörtes Ausnahmerecht

zu stellen. Nach der vom Reichsrat beschlossenen Fassung des § 238 des neuen Entwurfs zum Strafgesetzbuch soll u. a. mit Gefängnis, in besonders schweren Fällen sogar mit Zuchthaus bestraft werden können, wer diese Betriebe dadurch verhindert oder stört, daß er Bestandteile von ihnen oder Zubehör „außer Tätigkeit“ setzt. Schon der Versuch soll strafbar sein.

Durch dieses Ausnahmerecht sollen die Arbeitnehmer dieser Betriebe an wirtschaftlichen Existenzkämpfen gehindert, völlig entrechtet und widerstandlos der Willkür des Unternehmertums preisgegeben werden. Die Gaukonferenz protestiert gegen diese beabsichtigte Entredung, die die gegen Arbeitnehmer der G.W.G.-Werke gerichtete Verordnung vom 10. November 1918 weit in den Schatten stellen und die 1918 beabsichtigte preußische Gefindenerordnung in verschärfeter Form für große gewerbliche Arbeitnehmergruppen wieder aufleben lassen würde.

Der Verbandsvorstand wird dringend ersucht, alle Mittel anzuwenden, um das beabsichtigte Ausnahmerecht zu verhindern.“

Wem gehören die Bedienungsprozente?

Den Kellnern oder auch den Inhabern.

Man sollte es einfach nicht für möglich halten, daß Unternehmer im Gastwirts-gewerbe und dazu obendrein gerade Großunternehmungen, den Angestellten einen Teil ihrer Prozente streitig machen und sich mit ihnen sozusagen darum balgen. Es müßte den Unternehmern doch wohl genügen, daß sie ihren Angestellten keinen Lohn zahlen, sondern dies dem Publikum überlassen. Es genügt ihnen jedoch nicht.

So hat kürzlich ein Berliner Rechtsanwalt, dem die Einschaltung der Unternehmer in die Prozentverteilung aufgefallen ist, der Hotelbetriebs-A. G. Vorhaltungen darüber gemacht, daß den Servierdamen im Café Kranzler Teile ihres Einkommens an Prozenten vorenthalten werden. Die Hotelbetriebs-A. G. hat ihre ebenso willkürliche und profitorische Maßnahme damit zu rechtfertigen versucht, daß sie als Strafmaßnahme einzelnen Servierdamen ihr volles Einkommen aus Prozenten vorenthalten und ihnen nur den (Garantie-) Tariflohn gezahlt hat. Dem Rechtsanwalt, dem samt dem zweifellos weit überwiegenen Teil des Publikums das merkwürdige Verfahren auch nach dem mißlungenen Rechtfertigungsversuch nicht einleuchtete, wurden einfach die Lokale der Gesellschaft verboten. Womit zum Ausdruck gebracht wurde, daß nicht das Recht, sondern die Macht entscheidend sein soll.

Korbmöbel! Sonderangebot!
An Private zu Einzelpreisen. Eigene Fabrikate in gediegenen Ausführungen kaufen Sie in großer Auswahl und billig bei
Wilhelm Schulze
Monbijouplatz 12, Hof part.
Die Hackescher Markt
Zahlungserleichterung
Telephon: Alexander 4112

Fleisch- und Wurstwaren-Verkauf
Billig und gut
Thaerstr. 40
geöffnet von 8-3 Uhr. Freitags und Sonnabends 8-7 Uhr
Billig und gut
Schönhauser Allee 33
geöffnet von 8-1, 4-7 Uhr

Läuferstoffe, Teppiche
Linoleum
Wachstuche Tisch-
diwan-Decken
G. Bargende k. a.
Charlottenburg,
Windscheldstr. 11, Ecke Pestalozzistr.
Wilmsdorfer Str. 79, Ecke Sybelstr.
Telephon: Steinplatz 4194, 5525, 5536.

Les Bücher:
Wissen & Macht
J. H. W. Dietz Nachf., G. m. b. H.
Lindenstraße 2.
Metallbetten 10⁵⁰
Schlafchaiselongues 24.-
Püschsofas 30 M., Ratenzahlung,
Göhr Berlin, Pappelallee 12
frei jeder Bahnstation.
Holzhäuser liefert seit 25 Jahren
Dickmann A.-G., W 57
Wochenendhäuser - Prospekte gratis!
Wald- u. Wasserparzellen - Nachweil.

Möbel-Beiser
Schlaf-, Herren- und Speisezimmer
Küchen, Klubgarnitur, Einzelmöbel
in gediegener Qualität zu niedrigen Preisen
auf Teilzahlung
Norden: Lothringer Straße 67
Osten: Frankfurter Allee 336

Norderney
in Sommer und Winter
das führende deutsche Nordseebad
Auskunft Badeverwaltung und Reisebureau